



Die Zukunft beginnt heute

Zentrale Forderungen für die frühkindliche Bildung und die Umsetzung der Bildungspläne

Von Dr. Ilse Wehrmann

EIGENTLICH HABEN WIR KEINE ZEIT zu verlieren, doch wir tun uns noch immer schwer in Deutschland. Zu schwer: Zwischen dem, was sich Eltern wünschen und von der Politik mit Recht erwarten, und dem, was sich real im Bereich frühkindlicher Bildung, Erziehung, Förderung und Betreuung tut, klafft eine leider noch viel zu große Lücke. Die Wirklichkeit der deutschen Kita- und Krippenlandschaft lässt nach wie vor zu wünschen übrig – vom nur schleppenden Ausbau der Krippenplätze über eine nur halbherzig betriebene weitere Professionalisierung der ErzieherInnen bis hin zu den angesichts der realen Bedingungen in den Kitas kaum umzusetzenden Bildungsplänen der 16 Bundesländer. Und nun wird angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise von Spitzenpolitikern auch noch in unsäglicher Kurzsichtigkeit über eine Kürzung statt über eine dringend erforderliche Erhöhung der Bildungs- und Familienausgaben diskutiert.

Die Zeche dafür bezahlen unsere Kinder – in doppelter Hinsicht: Sie müssen nicht nur die Steuerlast tragen, sondern ihnen wird ein Stück Zukunft geraubt. Gleiche, faire Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an, unabhängig vom Geldbeutel und den Möglichkeiten im Elternhaus, bleiben eine Illusion. Dabei ist Bildungsarmut eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme in Deutschland – eine schwere Hypothek auf die Zukunft. Wenn wir schon unseren Kindern und Kindeskindern einen gewaltigen Schuldenberg hinterlassen – mit noch unabschätzbaren sozialen und ökonomischen Folgerisiken –, so ist es

unsere moralische Pflicht, ihnen zumindest durch bestmögliche Bildung die Chance zu geben, das zu gestalten, was sich noch gestalten lässt. Bildung ist der einzige „Rohstoff“, mit dem sich der Lebensstandard und die soziale Sicherheit im Hochlohnland Deutschland langfristig halten lassen werden.

Solange aber frühkindliche Bildungsangebote noch immer von der kommunalen Kassenlage und der Einsichtsfähigkeit von Bürgermeister*innen abhängen, sieht es für die Zukunft kleiner Kinder in Deutschland bitter aus. Die Finanzkrise gibt den ohnehin vielfach vor der Pleite stehenden Kommunen den Rest. Kindergärten sind Wahlleistungen, für die es keine verpflichtenden Standards gibt. Entweder man spart zulasten der Qualität oder man erhöht – wie jüngst der schwarz-grüne Hamburger Senat – kurzerhand die Kita-Gebühren um bis zu 100 Euro monatlich. Bis Ende 2011 sollen so in Hamburg 30 Millionen Euro zusätzlich eingenommen werden. Nachhaltigkeit in der Bildungspolitik von Anfang an bleibt Fehlanzeige.

In den Köpfen der meisten verantwortlichen Politiker scheint die von der Fachwelt seit Jahren propagierte Botschaft nicht anzukommen: Wir müssen die Bildungspyramide vom Kopf auf die Füße stellen. Deutschland liegt nach einer Ende 2008 veröffentlichten UNICEF-Studie zur Kinderbetreuung lediglich auf Platz 13. Auch nach Einführung des Elterngeldes erfüllt es nur fünf von zehn Mindeststandards, die UNICEF formuliert hat, um Aussagen darüber zu treffen, inwieweit ein Land die Entwicklungschancen von Kindern in den ersten Lebensjahren nutzt und fördert.

Die Untersuchung von UNICEF aus dem Jahr 2008 zeigt ein weiteres Mal deutlich: Entweder wir investieren auf international üblichem Niveau in die Zukunft unserer Kinder oder wir riskieren, bei PISA & Co. weiterhin nur die schlechten Plätze zu belegen. Lieber früh investieren als später (teurer) reparieren. Kinder in Deutschland haben – das zeigt eine im Februar 2007 veröffentlichte UNICEF-Studie – schlechtere Zukunftschancen als ihre Altersgenossen in vielen anderen Industrieländern. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hat ermittelt,

dass Deutschland auf Rang 11 von 21 Nationen rangiert. Untersucht wurden neben der materiellen Situation die Gesundheit, Bildung, Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen sowie Lebensweise und Risiken, denen Kinder ausgesetzt sind. Mit einbezogen wurde auch, wie Kinder selbst ihre Lage einschätzen. 2009 stellte eine OECD-Studie der deutschen Familienpolitik erneut ein Armutszeugnis aus: Jedes sechste Kind in Deutschland gilt als hilfsbedürftig, im OECD-Schnitt ist es nur jedes achte. Kinderarmut bedeutet hierzulande in erster Linie Chancen-, weil Bildungsarmut. Eine Reform des frühkindlichen Bildungssystems (einschließlich der notwendigen verbesserten Finanzausstattung) wäre ein wirksamer Schritt gegen Bildungs- und Kinderarmut. Kritisiert wurde von der OECD stets, dass Deutschland mit 40 Prozent vergleichsweise viele Mittel direkt an Eltern zahlt, während die (Bildungs-)Infrastruktur nicht ausreichend finanziert wird.

Elternwünsche versus Kita-Realität

Was erwarten Eltern von Kinderbetreuungseinrichtungen? – Zur Beantwortung dieser Frage führten das Forsa Institut, die Bertelsmann Stiftung und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) Meinungsumfragen durch. Sie wollten wissen, wie zufrieden Eltern mit der Kinderbetreuung sind. Das Ergebnis: etwa zwei Drittel der Befragten

- beklagen, dass es zu wenig Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gibt,
- wünschen sich flexiblere Öffnungs- und Betreuungszeiten, insbesondere längere und an die Arbeitszeiten angepasste Betreuungszeiten (nicht mehr nach dem Motto „Samstags und in den Ferien zu“),
- halten die derzeitigen öffentlichen Angebote der Förderung von Kindern zwischen null und sechs Jahren für unzureichend,
- befürworten einen bundesweit verbindlichen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Betreuungsangebote auch für Kinder unter drei Jah-

ren – unabhängig von deren Herkunft, von der Familiensituation und vom sozialen Status ihrer Eltern.

Über 80 Prozent der Befragten waren übrigens der Meinung, dass im Krippenbereich nicht nur der Umfang und Preis, sondern vor allem die Qualität des Angebots eine wichtige Rolle spielt.

Die Wünsche an die Kinderbetreuung werden umso verständlicher, betrachtet man die Erwerbssituation von Müttern und Vätern etwas genauer. Die Erwerbsquote bei Müttern ist im Zeitraum von 1996 bis 2004 um sechs Prozent auf 61 Prozent gestiegen, wobei in den westlichen Bundesländern die Teilzeit-, in den östlichen die Vollzeitarbeit dominiert. Im Westen wollen knapp 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter mit Kindern bis zu zwölf Jahren einen Beruf ausüben, im Osten sogar zirka 90 Prozent.

Dieser Wunsch ist nachvollziehbar angesichts der Tatsache, dass ein Erwerbseinkommen heutzutage in der Regel nicht mehr ausreicht, um eine Familie zu finanzieren. Statistisch betrachtet erwirtschaftet in Deutschland in Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen die Frau zirka 35 Prozent des Familieneinkommens. Die wenigsten Familien können auf dieses Geld verzichten. Im Gegenteil: Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2005 würden rund 36 Prozent der erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland, deren Kinder in Kindergärten nur halbtags betreut werden, ihre Arbeitszeit bei längerer Betreuungszeit gerne ausdehnen.

Unsere Gesellschaft leistet sich noch immer den bildungspolitischen wie volkswirtschaftlichen Unsinn, junge Menschen – in der Mehrzahl trifft dies leider immer noch Frauen – zu qualifizieren und auszubilden, um ihre Berufskarriere mit der Geburt des ersten Kindes abrupt abreißen zu lassen. Die Betreuungszeiten und Platzkapazitäten sind keinesfalls am Bedarf von Familien orientiert, sondern lassen mehr als zu wünschen übrig. Wertvolle berufliche Qualifikationen verfallen, insbesondere Mütter verlieren nach längerer Familienpause beruflich den Anschluss und müssen später deutlich unterhalb ihres eigentlichen Qualifikationsniveaus liegende Stellenangebote annehmen oder

sich mühsam mit Kursen und Trainingsmaßnahmen auf einen beruflichen Neustart vorbereiten. Ohne ein flächendeckendes, hochflexibles, verlässliches und gut ausgestattetes Kita-System für alle 0- bis 6-Jährigen kann von wirklicher Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht die Rede sein.

Wahlfreiheit ist ohne Alternative

Der Stand des politischen Denkens in punkto frühkindliche Bildung hält mit der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch den Forschungserkenntnissen auf diesem Gebiet nicht Schritt. Wo wir stehen, zeigt die Diskussion um den Krippenausbau. Während politisch über das Krippenausbauprogramm und seine Finanzierung gestritten wird, flammt immer wieder die längst überholt geglaubte, hoch ideologisierte Diskussion darum auf, welche Erziehungs- und Betreuungsform besser ist. Da wird die „Rabenmütter“-Argumentation aus der Mottenkiste geholt (von Rabenvätern spricht interessanterweise niemand) und konservative Kräfte versuchen erfolgreich, eine „Herdprämie“ politisch durchzusetzen.

Geplant ist lediglich, für etwa ein Drittel der in Frage kommenden Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Etwas mehr Wahlfreiheit zu ermöglichen, hat nichts mit einem Zwang zur Fremdbetreuung zu tun. Die frühkindliche Bindungsforschung hat längst gezeigt, dass stabile Beziehungen für Kinder zwar sehr wichtig sind. Doch das bedeutet keinesfalls, dass allein die Mutter 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche beim Kind sein muss. Kinder brauchen Kinder und auch andere Erwachsene, zu denen sie Vertrauen aufbauen können. Da es heute kaum noch Großfamilien gibt, in denen dieser vielfältige Austausch mit unterschiedlichen Bezugspersonen stattfindet, ist die Krippengruppe in mancher Hinsicht der geeignetere Ort für das Aufwachsen von Kindern. Soziales und kommunikatives Lernen ist hier oftmals eher möglich als in der Kleinfamilie, teils auch noch ohne Geschwisterkinder. Für Stadtteile mit sozialen Brennpunkten

oder „Problemfamilien“ gilt sogar: Hier sind Kinder meist besser in der Krippe oder Kita aufgehoben als in einem anregungsarmen häuslichen Umfeld.

Deutschland muss angesichts der demografischen Entwicklung schnellstmöglich wieder ein kinderfreundliches Land werden, in dem sich Menschen für Kinder entscheiden, weil Kinder ein Zugewinn an Lebensglück, -erfahrungen und Lebensqualität sind. Solange Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele junge Paare ein Wunschtraum ist, bleibt für Familien- und Kinderpolitik noch viel zu tun. Deutschland tut sich angesichts dieser Aufgabe schwer: Das Krippenausbauprogramm ist zwar auf den Weg gebracht, doch schon scheren einzelne Länder aus und nehmen ihre eigenen Interpretationen über die Verteilung und Beteiligung an der Finanzierung vor.

Von einem Konsens und einheitlichen politischen wie finanziellen Rahmenbedingungen sind wir angesichts der föderalen Hindernisse weit entfernt. Frühkindliche Bildung, auch die ganz frühe für unter Dreijährige, hängt hierzulande noch immer von der kommunalen Kassenlage und der Einsichtsfähigkeit von Bürgermeister*innen und Kommunalpolitik ab. Mit dieser Struktur, mit föderalen und kommunalen Schranken im Weg, lässt sich die dringend nötige Bildungsoffensive kaum widerstandsfrei und in der nötigen Geschwindigkeit auf den Weg bringen.

Die Herausforderungen

Ein Krippenausbau für unter dreijährige Kinder, der neben Betreuung auch die frühkindliche Bildung im Blick hat und zudem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, erfordert:

1. Eine angemessene **Qualität** und **personelle, finanzielle und sachliche Ausstattung**, denn es geht nicht nur um das „Verwahren“ von Kindern, sondern um Bildung von Anfang an.

Der Bund muss sich nicht nur an den Investitionskosten für den Bau neuer Kitas, beispielsweise für unter Dreijährige, beteiligen, sondern auch am laufenden Betrieb. Denn dort entstehen die eigentlichen Kosten. Wenn der Krippenausbau für unter Dreijährige tatsächlich darauf zielt, diese Kinder besser zu bilden und zu fördern, dürfte nicht ausschließlich über die Zahl der Plätze diskutiert werden. Gegenwärtig besteht die Gefahr, dass sich Fehler aus der Vergangenheit wiederholen. So hat der Gesetzgeber 1996 zwar den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder von drei bis sechs Jahren festgeschrieben, doch dabei hatte man vor allem die Zahl der Plätze im Auge, aber leider nicht so sehr deren Qualität. Gruppengröße, Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte oder Ausstattung der Einrichtungen blieben zweitrangig. Die Bundesregierung rechnet zwar mit 68.000 zusätzlich nötigen Erzieher*innen – über eine zusätzliche Qualifizierung für die Betreuung und Bildung unter Dreijähriger wird jedoch noch nicht gesprochen. Wer unter Dreijährige ohne zusätzliche Personalkapazitäten als Lückenfüller in normale Kindergartengruppen steckt, missachtet deren Bedürfnisse. Hier zu sparen heißt, entwicklungspsychologische Erkenntnisse komplett über Bord zu werfen und Kinder allenfalls zu verwahren, statt sie altersangemessen zu fördern

2. Zusätzlich für diese Altersgruppe **qualifiziertes Personal**: Unter Dreijährige haben andere Bedürfnisse und stellen andere pädagogische Anforderungen. Grundsätzlich gilt: Um internationalen Standard zu erreichen, müssen auch in Deutschland Frühpädagog*innen endlich auf Universitätsniveau ausgebildet und dementsprechend auch vergütet werden.

3. Instrumente der **Qualitätssicherung**, einen „Krippen-TÜV“: Evaluationen und Gütesiegel, die auch sonst im Kita-Bereich längst überfällig sind, müssen von vornherein Anwendung finden.

4. Stärkere Kontrolle und verbindlichere Vorgaben angesichts der Trägervielfalt: Das etablierte Trägersystem mit seinen Beharrungstendenzen ist nicht flexibel und schnell genug, um allein den Herausforderungen beim Ausbau der Betreuungskapazitäten für unter Dreijährige gerecht zu werden. Eine unübersichtliche Vielzahl von Trägern tummelt sich auf dem Reformfeld frühkindlicher Bildung. Diese können sich politisch mehr oder weniger ungesteuert und unkontrolliert nach eigenem Belieben entfalten und bewegen – oder für Stagnation sorgen.

5. Einen klaren Blick auf integrative und soziale Erfordernisse: Kinder mit Migrationshintergrund, aus „Problemfamilien“ oder mit besonderem Förderbedarf müssen so früh wie möglich integriert werden und bereits in der Krippe optimale Förderbedingungen vorfinden. Alle Kinder, nicht nur die berufstätiger Eltern, müssen Anspruch auf einen Krippenplatz haben.

Pädagogisch spricht vieles für den Ausbau der Betreuungsangebote vor allem für Kinder unter drei Jahren. Durch den Ausbau der Krippenbetreuung könnten unter Dreijährige gezielter gefördert werden. Bildung beginnt nicht erst mit dem bisherigen Kindergartenalter von drei Jahren. Je früher Förderung und Bildung einsetzen, desto besser für die Entwicklung der Kinder. Gerade bei Familien in benachteiligten und schwierigen Lebenssituationen kann eine Krippenbetreuung der Kinder für deren Entwicklung nur vorteilhaft sein. Vorausgesetzt, die Qualität stimmt, wozu insbesondere der Einsatz qualifizierten Personals zählt. Kinder aus einem schwierigen häuslichen Lebensumfeld benötigen einen anderen Betreuer-Kind-Schlüssel. Dazu zählt auch die Integration behinderter Kinder, die eine bessere Personalausstattung braucht, um sie beispielsweise körperlich zu unterstützen. Grundsätzlich gilt: Je jünger die betreuten Kinder, desto intensiver muss die Betreuung durch einen verbesserten Personalschlüssel gewährleistet sein. So können auch „Risikokinder“ schneller erkannt und besser aufgefangen werden.

Reformschritte nach Marshallplan-Vorbild

Solange wir die Bildungschancen unserer Kinder von der Kassenlage und Einsichtsfähigkeit der Kommunen abhängig machen, ist der entscheidende Befreiungsschlag nicht erfolgt. Die Reform der frühkindlichen Bildung braucht einen Marshallplan, der auf zehn Jahre hin ausgelegt und finanziert ist. Ohne eine Bundeszuständigkeit, eine gesicherte Finanzausstattung auf internationalem Niveau von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandproduktes und eine Ausbildung wie Weiterqualifizierung der FrühpädagogInnen auf Universitätsniveau, werden wir die Abstiegsplätze in Sachen Bildung nicht verlassen können.

Zu viel hängt in Deutschland vom Wissen, der Einsichtsfähigkeit und nicht zuletzt vom Geldbeutel der Eltern ab. Nach einer neuen Studie des Deutschen Studentenwerkes besuchen 88 von 100 Akademikerkindern das Gymnasium, 83 von 100 studieren. Bei nicht-akademischen Eltern ist die Quote erschreckend niedriger: Lediglich 46 von 100 Kindern gehen zum Gymnasium und nur 23 besuchen eine Hochschule. Das heißt für unsere Kinder: Bildung hängt am Elternhaus, dessen finanziellen und intellektuellen Möglichkeiten. Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern bekommen in diesem System nicht die Chancen, die sie verdienen.

Alle Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen, Fachleute aus Wissenschaft und Praxis – gehören an einen Runden Tisch, der die Reformen steuert. Voraussetzung bleibt ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, um einheitliche Bildungschancen für Kinder unabhängig von kommunaler Kassenlage und Einsichtsfähigkeit zu gewährleisten. Viele Potenziale bleiben sonst ungenutzt, Bildungs- und damit Chancengerechtigkeit eine Illusion – mit fatalen Folgen in der zukünftigen Wissensgesellschaft. Deshalb: Die Zukunft beginnt heute – bei unseren Kindern und ihrer Bildung.

Was ist konkret zu tun?

1. Umsteuern bei der Finanzierung frühkindlicher Bildung

Wenn wir unser Bildungssystem für Kinder durchgreifend revolutionieren wollen, muss künftig der Bund für die Bildungsfinanzierung zuständig sein. In der Ausgabenpolitik ist zudem ein radikaler Richtungswechsel zugunsten der Entwicklungschancen unserer Jüngsten vonnöten. Ohne zusätzliches Geld sind die Rahmenbildungspläne das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Wenn Kindertageseinrichtungen keine bessere Ausstattung bekommen, sind diese hochgesteckten Bildungsziele schlicht nicht umsetzbar.

Zwar zahlen wir das höchste Kindergeld, haben aber zugleich im europäischen als auch im internationalen Vergleich die schlechteste Infrastruktur in unseren frühkindlichen Bildungseinrichtungen. 160 Milliarden Euro, etwa drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, investiert der Staat jährlich für Familienleistungen. 153 Positionen umfasst der Leistungskatalog, hat die Bundesregierung ermittelt. Vom Kindergeld (35 Milliarden Euro), dem Ehegattensplitting (20 Milliarden Euro Mindereinnahmen), Elterngeld (4 Milliarden Euro), beitragsfreier Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (12,5 Milliarden Euro), Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rente (11 Milliarden Euro), Waisenrentenzahlungen (1 Milliarde Euro) bis hin zur Jugendhilfe (10 Milliarden Euro) reicht dieser Katalog.

Dagegen investiert Deutschland in die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung im internationalen Vergleich deutlich weniger als andere Länder. Die öffentlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung belaufen sich auf rund 10,5 Milliarden Euro im Jahr. Dies entspricht 0,42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit wenden wir nicht einmal die Hälfte dessen auf, was die OECD für den vorschulischen Bereich als Finanzausstattung fordert. Wollte Deutschland die Qualität des vorschulischen und schulischen Systems der skandinavischen Länder erreichen, müsste es sogar mehr als vier Mal so viel wie bislang in den Kindergarten- und Grundschulbereich investieren. 12 Milliarden Euro fehlen jährlich in diesem System, um internationales Qualitätsni-

veau zu erreichen. In anderen Ländern kommen ein bis drei Prozent des BIP der frühkindlichen Bildung zugute. Ohne eine spürbare zusätzliche Finanzspritze wird sich in Deutschland nichts verbessern.

2. Verbesserung des Personalschlüssels

Wenn unsere Kitas nicht bloße Verwahranstalten sein, sondern Kinder bilden und fördern sollen, ist ein anderer Personalschlüssel nötig. Außerdem müssen die Gruppengrößen verkleinert werden. Eine Erzieherin für sechs bis acht Kinder ist europäischer Standard. Zum Vergleich: In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Bremen, diskutierte die Politik über Jahre hinweg, ob und wie eine Zweitkraft in Gruppen mit 20 Kindern zurechtkommen kann. Kinder mit Migrationshintergrund und behinderte Kinder haben in unserem System grundsätzlich schlechtere Bildungschancen und benötigen daher in kleineren Gruppen eine gezieltere, individuelle Förderung.

3. Qualifizierungsoffensive und angemessene Arbeitsbedingungen

ErzieherInnen brauchen andere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Wer mit Bildungsprozessen kompetent umgehen will, benötigt dafür eine entsprechende Qualifizierung. Noch sind deutsche Kindergärten weitgehend akademikerfreie Zonen: Nur 3,3 Prozent der Fachkräfte haben einen Hochschulabschluss, selbst bei den freigestellten Leitungskräften liegt der Akademikeranteil bei durchschnittlich nur 16 Prozent.

Dabei haben sich das Berufsbild und das Anforderungsprofil für ErzieherInnen in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Die bisherige zwei- bis dreijährige Ausbildung auf Fachschulniveau reicht nicht mehr aus, um die heutigen Anforderungen an den Beruf zu erfüllen. Deshalb ist eine grundlegende Reform der Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte mit dem Ziel einer weiteren Professionalisierung dringend erforderlich.

Mit der notwendigen Qualifizierung von FrühpädagogInnen auf universitärem Niveau muss sich auch ihr Gehalt anpassen. Indem

mehr Personal in die Einrichtungen kommt, erweitert sich der zeitliche Spielraum für Projekte, individuelle Förderung und gezielte Vorbereitungen. Unsere Rahmenbildungspläne verschwinden allesamt wieder in den Schubladen, wenn wir die Arbeitsbedingungen in den Kitas nicht durchgreifend verbessern. Die Zahl gut gemeinter Modellprojekte, Konzeptionen und Empfehlungen ist fast inflationär hoch, doch sie verpuffen letztlich. Es fehlt die steuernde und ordnende Hand, denn alles läuft unkoordiniert und unverbindlich nebeneinander her.

Die Professionalisierung könnte kurzfristig für bereits berufstätige ErzieherInnen durch ein berufsbegleitendes Weiterbildungsstudium mit Bachelor-Abschluss erfolgen. Für Einrichtungsleitungen wäre ein berufsbegleitendes Studium mit Master-Abschluss anzustreben (z. B. anhand der Ausbildungscurricula der Hochschulen Bremen, Koblenz oder Bozen). Mittelfristig muss für BerufsanfängerInnen ein Hochschulstudium obligatorisch sein, um in das frühpädagogische Berufsfeld einzusteigen.

4. Qualitätssicherung per Kita-TÜV

Qualitätskontrolle darf in Kindertageseinrichtungen kein Fremdwort mehr sein. Der Kita-TÜV wäre über unabhängige Inspektorenteams zu realisieren, die Angebotsqualität, Ressourcenausstattung und Betriebsorganisation regelmäßig im Abstand von bis zu fünf Jahren unter die Lupe nehmen und konkrete Handlungsempfehlungen aussprechen, sofern sie Verbesserungsmöglichkeiten entdecken.

Was beispielsweise im Gesundheits- oder Pflegebereich längst selbstverständlich ist, muss auch im frühkindlichen Bildungsbereich Eingang finden. Kindergärten brauchen Gütesiegel!

Um die pädagogische Qualität in Kindertageseinrichtungen zu sichern, sind analog zu einem länderübergreifenden Rahmen-Bildungsplan einheitliche Qualitätskriterien erforderlich, die bundesweit für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich sind. Letztlich brauchen wir Sanktionierungsmöglichkeiten, wenn Qualitätskriterien wie auch Rahmenbildungspläne von Trägern und Einrichtungen nicht eingehal-

ten werden. Der Entzug der Betriebserlaubnis ist dabei als ultimative Sanktionsmöglichkeit vorzusehen.

Zunächst fehlt jedoch eine unabhängige Institution, die solche Qualitätskriterien festlegt, deren Einhaltung überprüft und entsprechende Gütesiegel vergibt. Damit wären für Eltern Transparenz und Vergleichsmöglichkeiten zwischen Einrichtungen und Trägern geschaffen.

5. Stärkung des Wettbewerbs – um die beste Qualität

Kitas brauchen Anreize, um gute Arbeit zu leisten. Wir sollten uns trauen, das herrschende Trägermonopol endlich aufzubrechen und die Kita-Landschaft durch mehr Wettbewerb aufzumischen. In Deutschland ist es allein den ErzieherInnen und dem Träger überlassen, wie sie arbeiten. Es hat keine Konsequenzen, ob Einrichtungen engagiert arbeiten oder Kinder bloß verwahren. Die Qualität darf aber nicht von einzelnen handelnden Personen abhängen – das ist zu beliebig. Träger haben die Aufgabe, mehr für die Qualifikation ihres Personals zu tun.

6. Gemeinsame, allgemein gültige Bildungsstandards vereinbaren

Wir brauchen einen bundesweit verbindlichen Rahmenbildungsplan, wie z. B. in Schweden, der die Altersgruppe von Null bis Zehn umfasst. Die Bildungspläne Hessens und Thüringens nehmen das gesamte Altersspektrum von 0 bis 12 Jahren in den Blick. Ein besonderes Augenmerk gilt nach diesem Vorbild der Entwicklung von Bildungsplänen, die einen kontinuierlichen Bildungsverlauf und den Übergang vom Kindergarten zur Schule fördern. Die ersten sechs Lebensjahre dürfen nicht länger als Vorbereitungszeit für die Schule betrachtet werden. Sie sind eine eigenständige Phase mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten, die die Bildungsbiografie jedes Menschen prägen. Aus entwicklungspsychologischen Überlegungen ist es sinnvoll, den traditionellen Bereich der Elementarerziehung (Kindergarten) und den der Primarstufe (Grundschule) als eine Einheit zu begreifen und zu gestalten.

Eine wesentliche Schwachstelle im System der Tageseinrichtungen für Kinder ist, dass die von den Ländern vorgelegten und veröffent-

lichten Bildungspläne uneinheitlich und unverbindlich sind. Hinzu kommt die völlige Beliebigkeit ihrer inhaltlichen Ausgestaltung, Umsetzung und Qualitätssicherung. Nach wie vor ist es jedem Träger überlassen, ob und in welchem Maße er die Bildungspläne in seinen Einrichtungen umsetzt oder auch nicht. Anders als beispielsweise in Schweden oder auch Australien fehlt bei uns ein länder- und institutionenübergreifender Bundes-Rahmenbildungsplan. Dieser müsste einen verbindlichen inhaltlichen Orientierungsrahmen sowie verbindliche Qualitätskriterien für die Einführung der Bildungspläne und für die Qualitätsentwicklung und -sicherung vorgeben. Alle Bildungspläne der Länder müssten die vorgegebenen Rahmenbedingungen erfüllen und würden den Bundesrahmenplan inhaltlich weiter ausgestalten und mit Leben füllen.

Wie die Bildungspläne der Länder für die frühkindliche Bildung unterscheiden sich auch die Ausbildungsbedingungen und -curricula für Erzieher je nach Bundesland. Deshalb benötigt auch die Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte einen einheitlichen, bundesweit geltenden und verbindlichen Orientierungsrahmen, ein Bundes-Kerncurriculum. Innerhalb dieses Rahmens können die Länder ihre Ausbildungscurricula für ErzieherInnen ausgestalten. Neben der Entwicklung dieses Kerncurriculums muss aber auch gewährleistet sein, dass die darin festgeschriebenen Inhalte, Kompetenzen und Methoden adäquat vermittelt werden.

Ganzheitlich lernen – Lernen als Prozess

Noch eine grundsätzliche Anmerkung zur Zielsetzung von Bildungsplänen: Wenn die Kinder mit ihren Erziehungs- und Bildungsbedürfnissen im Mittelpunkt stehen sollen, dann sind Bildungspläne im traditionellen Sinne von zweitrangiger Bedeutung. Selbstverständlich sind inhaltliche Orientierungen erforderlich, sie lassen sich aber nicht in einen „Bildungsplan“ gießen. Kinder sollen entwicklungsorientiert lernen. Deshalb geht es nicht darum, eine Auflistung von Inhalten und

Themen – womöglich noch in einer bestimmten zeitlichen Abfolge – „abzuarbeiten“. Aus diesem Grund sind im Elementar- und Primarbereich nur lernzielorientierte Rahmenpläne sinnvoll, die passend zur Altersstufe die Entwicklungslogik der Kinder berücksichtigen. Diese Rahmenpläne sollten dann in den jeweiligen Institutionen von allen Beteiligten – auch den Eltern – präzisiert, fortlaufend überprüft und verändert werden. In diesen Prozess fließen sowohl die Entwicklung der Kinder als auch ihre bisherigen Lebens- und Sozialisationserfahrungen mit ein. Rahmenpläne sind das unsichtbare Geländer in einer möglichst anregenden Umgebung, in der Kinder lernen, sich eigenständig ihre Umwelt zu erschließen.

Wir müssen neu lernen, unsere Kinder zu lieben und ihnen die bestmöglichen Entwicklungs- und Bildungsbedingungen zu eröffnen. In einem der reichsten Länder der Erde müssen wir endlich beginnen, kräftig in unsere Zukunft zu investieren – nicht nur in milliardenschwere „Bankenrettungspakete“. Ohne einen grundsätzlichen Mentalitäts- und Paradigmenwechsel werden uns Ergebnisse wie die von PISA über OECD bis UNICEF erhalten bleiben. Statt in alarmiertem Schein-Aktionismus zu verharren, muss Kinderpolitik von Prävention und Nachhaltigkeit bestimmt sein. Nelson Mandela hat unnachahmlich formuliert, worum es geht: „Eine Gesellschaft offenbart sich nirgendwo deutlicher als in der Art und Weise, wie sie mit ihren Kindern umgeht.“